

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 DB
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: D8 86 846 ppbn d

Inhalt

Annemarie Renger MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, erhebt Einspruch gegen einen Geißler-Vorstoß: Hände weg vom Ladenschlußgesetz.
Seite 1

Günter Verheugen MdB zur sicherheitspolitischen Diskussion (II): Braucht der Westen eine neue Strategie.
Seite 3

Dokumentation
Die Anti-Apartheid-Bewegung feiert in diesen Tagen ihren zehnten "Geburtstag". Günter Schluckebier MdB schickte für die SPD-Bundestagsfraktion ein Grußwort, das wir im Wortlaut dokumentieren.
Seite 6

39. Jahrgang / 81

26. April 1984

Hände weg vom Ladenschlußgesetz

Die Rechte der im Einzelhandel Beschäftigten dürfen nicht noch weiter eingeschränkt werden

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Die konservativ-rechtsliberale Bundesregierung sucht wirklich jede Konfrontation mit den Arbeitnehmern, insbesondere den Frauen. Ihre schönen Worte zur Chancengleichheit und Wahlfreiheit für den Lebensweg der Frau können nicht verdecken, daß sich hinter diesem Wortgeklingel nur mühsam verdecken läßt, wie sehr sie sich die Rückkehr der Frauen in die traditionelle Rolle der Hausfrau und Mutter wünschen. Sie wollen einfach nicht akzeptieren, daß es heute eben nicht mehr eine einzige Rollenfixierung auf ein Frauenbild gibt, sondern daß Frauen mehrere Funktionen nacheinander und nebeneinander, also in Beruf und Familie, wahrnehmen wollen und oft müssen. Aufgabe einer Regierung müßte deshalb sein, gesetzliche und soziale Maßnahmen zur Erleichterung dieser doppelten Aufgaben zu treffen. Aber, mitnichten, diese heutige Regierung tut das Gegenteil! Nicht nur daß sie tief in das soziale Netz einschneidet, wovon besonders die Altersversorgung der Frau betroffen ist, erschwert sie auch das Nebeneinander von Berufstätigkeit und Familie.

An der Spitze solcher Tendenzen marschiert immer wieder der sich "Familienminister" nennende Generalsekretär der CDU, Herr Geißler. Unter dem Motto "Einkaufen kann wieder zum Erlebnis werden", wird alle Jahre wieder das Thema "Ladenschluß" aufgewärmt.

Zur Zeit wird versucht, der Öffentlichkeit einzureden, daß mit einem flexiblen Ladenschluß neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Dabei ist das Gegenteil der Fall. Schon jetzt wird versucht, gerade bei dem weiblichen Verkaufspersonal dafür zu werben, Teilzeitarbeitsplätze zu übernehmen, wobei selbstverständlich an Vollarbeitsplätzen

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Printed in Germany
mit veredeltem Recycling-Papier



eingespart werden soll. Am unsozialsten ist dabei die besonders in Warenhäusern beliebte Methode, unter dem Mantel der flexiblen Arbeitszeit sogenannte Kapovaz-Arbeitsplätze einzurichten, das heißt Arbeitsplätze, bei denen die Frauen zu Hause auf Abruf warten müssen, bis sie zu Stoßzeiten ihren Arbeitsplatz einnehmen können. Nicht nur daß hier der Beruf der gelernten Einzelhändlerin abgewertet wird - Männer sind wohl kaum von dieser Methode betroffen - spürt die Frau diese Art von Erwerbstätigkeit auch bei ihrer späteren Rente.

Bei der öffentlichen Diskussion, die besonders seitens der FDP seit Jahren geführt wird, obwohl diese Partei am wenigsten die Masse der berufstätigen Frauen vertritt, wird an Egoismus und Bequemlichkeit appelliert. "Kaufen ohne Streß", "Kaufen auch am Abend", "Kaufen mit der Familie" und so weiter heißen die Parolen, obwohl seit langem belegt ist, daß nach 17 Uhr 45 die Käufertätigkeit sehr stark nachläßt. Ich erinnere daran, daß das ZDF seinerzeit den Beginn seines Abendprogramms vorverlegt hat, weil Untersuchungen ergaben, daß um 18 Uhr der überwiegende Teil der Verbraucher schon zu Hause oder auf dem Weg nach Hause ist. Die ARD will jetzt nachziehen.

Verlängerte Ladenschlußzeiten in den späten Abend hinein, oder flexible Öffnungszeiten können nur auf Kosten der im Einzelhandel Beschäftigten durchgeführt werden. Schon jetzt stört die Beschäftigung an Samstagen das Familienleben, wieviel mehr würde das eine "flexible" Arbeitszeit bedeuten, wie es besonders die "kapazitätsorientiert variable Arbeitszeit" wäre. Das Betriebsverfassungsgesetz würde dabei so nebenbei völlig ausgehöhlt werden.

Ausnahmsweise haben die Arbeitnehmer, was eine Verlängerung der Öffnungszeiten sowie den "langen Samstag" betrifft, Verbündete in den Einzelhandelsunternehmen und im Einzelhandelsverband. Sie halten die Konkurrenz mit den Kaufhäusern und den Großverkaufscentren schwer aus und lehnen deshalb verlängerte Ladenzeiten ab. Allerdings haben sie durchaus Interesse an jederzeit auf Abruf zur Verfügung stehendes Verkaufspersonal.

Das Ladenschlußgesetz hat sich seit 25 Jahren gut bewährt. Ausnahmen sind vernünftig geregelt. Diese Diskussion im Zeichen des Kampfes um die 35-Stunden-Arbeitswoche zu führen, mit der suggeriert werden soll, daß doch auf diese Weise zusätzliche Arbeitsplätze zur Verfügung stünden. Geißler spricht in diesem Zusammenhang von den 240.000 Frauen - natürlich nicht von Männern - die Teilzeitarbeit suchten, entspricht in diesem Bereich nicht der Realität.

Im Gegenteil, meine Gespräche mit Betriebsräten und Verkäuferinnen haben eindeutig ergeben, daß sich schon jetzt das soziale Klima, vor allem in den Großkaufhäusern, verschlechtert hat. Sozialleistungen würden gekürzt, Anwesenheitsprämien sollen den Krankheitsfall ausschließen, Teilzeitarbeit ohne Rücksicht auf die Familiensituation und ein neuer Streß durch einen hohen Personalabbau sind an der Tagesordnung.

Deshalb Hände weg vom funktionierenden Ladenschlußgesetz. Ein freundliches und motiviertes Verkaufspersonal ist nur möglich, wenn soziale Sicherheit und Anerkennung der Leistung garantiert ist. Das hebt mehr den Umsatz als jede Verlängerung der Ladenschlußzeiten!

(- / 26.4.1984 / ks/rs)

+ + +



Braucht der Westen eine neue Strategie?

Ein Beitrag zur sicherheitspolitischen Diskussion (II)

Von Günter Verheugen MdB

3. Die Konservativen sind in einem sterilen und unfruchtbaren Gleichgewichtsdanken befangen, das sich allein auf die schwer verifizierbare militärische Seite bezieht. Die Notwendigkeit oder zumindest Nützlichkeit eines strategischen Gleichgewichts kann mit Vernunftgründen nicht bezweifelt werden. Aber eine andere Frage ist, ob das Gleichgewicht notwendigerweise auch Gleichgewicht aller Rüstungsarten bedeuten muß.

Politisch und militärisch haben die unter dem Postulat des Gleichgewichts aufgebauten Kernwaffenpotentiale auf beiden Seiten (sie werden auf ein Äquivalent von je 9.000 Megatonnen TNT-Sprengkraft geschätzt) schon lange keinen Sinn mehr. Das SIPRI-Jahrbuch 1983 belegt das sehr anschaulich: Seit dem Tag von Hiroshima ist das amerikanische Kernwaffenpotential alle 30 Minuten um eine Waffe von der Sprengkraft der Hiroshima-Bombe gewachsen: Tag und Nacht, sieben Tage die Woche, seit jetzt fast vierzig Jahren. Und auf sowjetischer Seite genauso. An eben diesem Punkt, bei den sogenannten Overkill-Kapazitäten, hat sich schließlich auch der gesunde Menschenverstand aufgebaut. Es reicht doch wohl aus, die Menschheit einmal vernichten zu können.

Wie stellt sich die sicherheitspolitische Lage für die Deutschen und die Europäer heute dar? Im Falle eines militärischen Konflikts wird Deutschland das Schlachtfeld sein, ein nukleares Schlachtfeld, wie die neue amerikanische Felddienstvorschrift sagt. Angeblich ist die NATO zu schwach, um konventionell standhalten zu können. Wenn aber die nukleare Schwelle einmal überschritten ist, kann niemand ein Ende der Eskalation garantieren (außer, er kapituliert). Für Deutschland (in beiden Staaten) spielt das keine Rolle. Es geht im Inferno unter.

Kann man wirklich verlangen, daß die Deutschen auf Dauer eine Strategie akzeptieren, die ihnen nur die Alternative der Unterwerfung oder der Vernichtung läßt? Die Annahme ist absurd. Und diese Absurdität hat zu ebenso absurden Lösungsvorschlägen geführt. Sie reichen von der Rückkehr zur Strategie der massiven Vergeltung bis zur Demilitarisierung und Neutralisierung der Bundesrepublik (!)

Die Lage ist in der jüngsten Zeit nicht besser geworden.

- o Die amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Europa und die sowjetische Reaktion darauf (Stationierung von Kurzstreckenwaffen vom Typ SS 20 in der DDR und in der CSSR mit extrem kurzen Flugzeiten und keinem anderen erkennbaren militärischen Sinn als der vorbeugenden Ausschaltung der Pershing 2 und der Cruise Missiles) haben eine neue Runde im nuklearen Wettrüsten eingeleitet.
- o Gleichzeitig geht die Modernisierung der taktischen Atomwaffen weiter. Diese Waffen sind die für die europäische Sicherheit so extrem gefährlichen. Sie überschreiten die nukleare Schwelle. In diesem Bereich betreibt der Westen Desinformation im eigenen Lager. Er rühmt sich des einseitigen Abzugs von 1.400 Gefechtsköpfen, während die USA laut SIPRI zur Zeit 23.000 weitere taktische Atomwaffen in der Produktion oder Entwicklung haben, darunter auch Neutronensprengköpfe, die wohl kaum zum Einsatz gegen Mexiko oder Kanada vorgesehen sind.



- o Die amerikanische Strategie richtet sich auf das sogenannte Air-Land-Battle 2000 Konzept ein, bei dem die Vorverteidigung ergänzt (abgelöst?) wird durch tief in das Hinterland des Gegners reichende Waffen, mit denen sein Aufmarsch und/oder die Zuführung der zweiten und dritten Welle "abgeriegelt" werden kann. Aus sowjetischer Sicht sieht das so aus, daß sie von deutschem Boden aus blitzartig überfallen werden kann. Wer das sowjetische Weltkriegs-Trauma kennt, weiß, was das bedeutet.
- Zumindest aus deutscher Sicht ist ein solches Konzept unerträglich, weil lebensgefährlich. Aus derselben deutschen Interessenlage heraus ist auch der immer stärkere Trend zu solchen Waffensystemen abzulehnen, die sowohl konventionell wie nuklear beladen werden können. In den Abrüstungsgesprächen muß deshalb eine beiderseitige Beschränkung auf "single purpose"-Systeme angestrebt werden.
- o Die Zahl der kriegerischen Konflikte in der Welt wächst, und damit wächst die Gefahr, daß Europa im Wege der "horizontalen Eskalation" in den Konflikt hineingezogen wird.
- o Der Vollzug der Nachrüstung hat, wie von ihren Gegnern vorhergesagt, zu einer Verhärtung der sowjetischen Position geführt. Die Auffassung der deutschen Bundesregierung, der Sowjetunion werde nach vollzogener Nachrüstung (noch) kompromißbereiter sein, war bestenfalls eine Selbsttäuschung. Und weil das so ist, wird die gefährliche Verschärfung der militärischen Lage durch die (wohl schon begonnene) SS 22-Stationierung unmittelbar an der Blockgrenze auch geflissentlich verschwiegen.

Niemand kann in diesem Moment eine akzeptable neue Strategie für Europa anbieten. Was wir im Augenblick entwickeln müssen, ist ein Handlungskonzept für die nächsten Jahre, bei dem die einzelnen Schritte nicht unbedingt zeitlich aufeinander folgen müssen.

Auf Ost-West-Ebene sind Verhandlungen über einen allgemeinen Stop der Entwicklung, Erprobung und Stationierung von Atomwaffen zu führen. Sodann müssen die strategischen und eurostrategischen Kernwaffenpotentiale so weit reduziert werden, daß nur die politische Funktion einer Mindest-Abschreckung übrig bleibt. Chemiewaffen und taktische Atomwaffen müssen gänzlich abgeschafft werden, wenn nicht global, so in vereinbarten Räumen. Die Vorschläge der Palme-Kommission könnten einen möglichen Einstieg bieten.

Die verschiedenen Verhandlungstische (KVAE, MBFR, Genfer Abrüstungsausschuß) die es zur Zeit gibt, sollten zu schnellen Ergebnissen geführt werden. Auch kleine Schritte der Vertrauensbildung sind wirkungsvoll.

Entscheidend ist jedoch eine politische Vorbedingung: Es muß ein wirklicher Wille zur Verständigung vorhanden sein, und der setzt voraus, daß die Blöcke ihre gegenseitigen Interessen respektieren. (Für Deutschland ist das sehr bitter. Es liegt darin keine erkennbare Perspektive zur Lösung der nationalen Frage - wohl aber zur Bewahrung der nationalen Existenz).

Auf der Ebene des Bündnisses ist eine Verbesserung der politischen und militärischen Kooperation unerläßlich. Dabei ist weniger wichtig, wer den Oberbefehl über die NATO-Truppen führt. Wichtig ist, daß das Bündnis gemeinsam Sicherheitsinteressen vertritt und keine anderen. Die Weltmachtinteressen der USA und die regionalen Interessen der Europäer müssen nicht immer identisch sein. Es scheint so, als sei das gegenseitige Verständnis zwischen Amerikanern und Westeuropäern trotz des konservativen Überge-



wichts auf beiden Seiten des Atlantik wesentlich schlechter geworden. Die Europäer fühlen sich von den Amerikanern mißachtet und fühlen sich als Leidtragende der amerikanischen Defizitpolitik. Umgekehrt wächst in den USA der Zweifel, ob man sich - zum Beispiel am Golf - wirklich für die europäischen Interessen weiterhin engagieren soll. Wichtig ist nun, daß die Europäer ihre spezifischen Interessen erkennen und endlich verantwortlich handeln. Europa soll keine dritte Weltmacht sein, aber Willen zur Selbstbehauptung braucht es schon. Europa braucht eine gemeinsame Verteidigungspolitik und gemeinsame Verteidigungsanstrengungen. Gemeinsame europäische Sicherheitspolitik ist unverzichtbar. Zwar gibt das klägliche Scheitern der Genscher-Colombo-Initiative wenig Anlaß zu Hoffnung, aber die europäische Säule des Bündnisses muß stabiler werden.

Die Schlüsselfrage wird dabei sein, wie weit Frankreich bereit ist, sich einschließlich seiner Kernwaffen für die gemeinsame europäische Sicherheit zu engagieren. Man könnte sich eine Arbeitsteilung im Bündnis ja auch so vorstellen, daß die eurostrategische Mindestabschreckung von seegestützten britischen und französischen Systemen übernommen wird. Das Bündnis selbst muß sich wieder stärker als politischer Zusammenschluß empfinden. Es darf nicht nur militärisch reagieren, sondern muß politisch handeln und ausloten, ob und wie weit das Konzept einer "Sicherheitspartnerschaft" zwischen West und Ost tragen kann.

Auf deutscher Ebene schließlich sollten die beiden deutschen Staaten aus ihrer identischen Interessenlage heraus in ihren jeweiligen Bündnissen aktiv und dynamisch auf ein stabileres Sicherheitssystem hinarbeiten, in dem die lebensgefährlichen Schwächen des jetzigen schrittweise überwunden werden. In der Bundesrepublik versteht man unter Strategiediskussion in einem spezielleren Sinn die Frage, ob es möglich ist, die Bundesrepublik im Konfliktfall wirkungsvoller zu verteidigen als mit der jetzigen Katastrophen-Strategie. Bei der Suche nach einer solchen "alternativen Strategie" fällt immer das Zauberwort "Konventionalisierung". Wenn der NATO-Oberbefehlshaber General Rogers davon spricht, meint er eine Aufstockung des konventionellen Potentials zusätzlich zum nuklearen Potential. Darin liegt keine Verbesserung. Konventionalisierung ist sinnvoll bei gleichzeitigem Abbau von Kernwaffen und bei gleichzeitigen konventionellen Abrüstungsvereinbarungen, die Truppen und Gerät einschließen müssen.

Unter solchen Bedingungen werden taktische Atomwaffen vollends überflüssig. Stabilisierend wäre auch die Umstellung der konventionellen Verteidigung auf rein defensive Systeme.

Die moderne Waffentechnologie könnte es möglich machen, auf solche Großsysteme zu verzichten, mit denen raumgreifende Offensiven möglich sind. Die Bundeswehr ist keine Offensivarmee. Struktur, Ausbildung und Logistik widerlegen das. Aber sie verfügt über Waffen, die offensiv eingesetzt werden können. Eine Umrüstung auf rein defensive Systeme wäre sogar als Vorleistung denkbar. Dazu gehört doppelter politischer Mut, denn Umrüstung ist auch noch teuer. Aber der Frieden hat seinen Preis. Wer Atomwaffen vorzieht, weil sie billiger sind als hochwirksame konventionelle Abwehrsysteme, kann dann nur noch beten, daß alle seine Annahmen stimmen. Sicher sein wird er nie.

(-/26.4.1984/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Zum zehnjährigen Bestehen der Anti-Apartheid-Bewegung übermittle der Obmann der Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit der SPD-Bundestagsfraktion, Günter Schluckebier, folgendes Grußwort.

Die Ideologie der Apartheid bekämpfen

Zum zehnjährigen Bestehen der Anti-Apartheidbewegung übermittle ich im Namen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion die besten Grüße.

Die Situation im südlichen Afrika verlangt auch die Übernahme von Verantwortung dafür, daß der Prozeß der Befreiung dort nicht aufgeschoben wird. Die Bundesrepublik muß sich dieser Verantwortung in besonderer Weise stellen, gehört sie doch zu den bevorzugten Handels- und Wirtschaftspartnern der Republik Südafrika. Daß der interessierten Öffentlichkeit und den Regierenden in der Bundesregierung diese Verantwortung im Bewußtsein bleibt, ist auch das Verdienst der Anti-Apartheidbewegung in der Bundesrepublik und West-Berlin. Wir sollen uns allerdings keinen Illusionen darüber hingeben, was die Öffentlichkeit und die Regierenden für Südafrika tun können: Der Widerstand gegen ein solches System muß von den Unterdrückten selbst geleistet werden.

Wir können aber darauf hinweisen, daß die Ideologie der Apartheid als Rechtfertigung für eine unmenschliche Politik und für die Aufrechterhaltung der Herrschaft des weißen Mannes herhalten muß. Apartheid bedeutet die umfassende - nicht nur politische Entrechtung und wirtschaftliche Ausbeutung der nichtweißen Bevölkerungsmehrheit in allen Lebensbereichen.

Apartheid heißt also systematische Benachteiligung und Unterdrückung entlang der Rassengrenze. Das Einzigartige der Situation in Südafrika liegt angesichts der täglichen Menschenrechtsverletzungen in der ganzen Welt darin: In keinem anderen Land der Erde beginnt die Diskriminierung schon bei der Geburt. Allein die Hautfarbe des Neugeborenen entscheidet über sein weiteres Schicksal - je dunkler die Hautfarbe, je düsterer die Zukunft.

Das nicht vergessen zu lassen, ist auch weiterhin die Aufgabe der Anti-Apartheidbewegung. Dafür wünsche ich auch weiterhin viel Erfolg. (-/26.4.1984/ks/rs)

+ + +

